

Bleiberechtsregelung darf nicht zur Mogelpackung werden Diakonie kritisiert Evaluierungsbericht zum Zuwanderungsgesetz

Karlsruhe/Stuttgart, 25. Juli 2006: Die Diakonie in Baden und Württemberg begrüßt die Pläne von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, einen gesicherten Aufenthalt für lange hier lebende Flüchtlinge zu schaffen. „Es ist unwürdig, dass Flüchtlinge, die über zehn Jahre hier leben und deren Kinder hier geboren sind, von Woche zu Woche immer wieder Angst haben müssen, ihre neu gewonnene Heimat wieder zu verlieren“, so Kirchenrat Jürgen Rollin, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Diakonischen Werks Baden. Die Diakonie Baden und Württemberg teilt die Ansicht von Innenminister Schäuble, dass man „Kinder, die hier geboren wurden, zur Schule gingen und oft sogar einen guten Abschluss gemacht haben, nicht irgendwohin abschieben kann“.

Kirchenrat Henry von Bose, Vorstand im Diakonischen Werk Württemberg, weist darauf hin, dass „es von entscheidender Bedeutung sein wird, wie die Kriterien für eine Bleiberechtsregelung ausgestaltet werden“. Es solle nach Meinung der Diakonie verhindert werden, dass eine Bleiberechtsregelung wieder nur eine Mogelpackung werde und nur wenige der geduldeten Familien mit langjährigem Aufenthalt durch die Regelung erreicht werden. „Wir dürfen nicht zulassen, dass die Betroffenen erneut nachweisen müssen, dass sie ihren Lebensunterhalt durch legale Arbeit bestreiten, während ihnen gleichzeitig die Arbeitserlaubnis versagt wird“, betont Jürgen Rollin. Die Diakonie weist darauf hin, dass Geduldete nur äußerst eingeschränkt eine Arbeitserlaubnis erhalten. Bei der letzten Bleiberechtsregelung von 1999 wurden viele Familien von der Regelung nicht erfasst, da sie am Stichtag nicht in Arbeit waren. „Ohne Arbeit keine Aufenthaltserlaubnis und ohne Aufenthaltserlaubnis keine Arbeit – eine solche Regelung darf es nicht noch einmal geben“, so Kirchenrat von Bose.

In Baden-Württemberg halten sich ca. 16.000 geduldete Familien und Einzelpersonen auf, die bereits länger als sechs Jahre in Deutschland leben; ca. 10.000 Geduldete befinden sich schon länger als zehn Jahre in Baden-Württemberg. Betroffen sind besonders Flüchtlinge aus dem Kosovo, aus dem Irak, aus Afghanistan, der Türkei und Vietnam.

Auf heftige Kritik stößt bei der Diakonie in Baden und Württemberg der heute vom Bundesinnenministerium veröffentlichte Evaluierungsbericht zum Zuwanderungsgesetz. „Der Bericht enthält nur neue Vorschläge für Verschärfungen, die Verbesserungsvorschläge der Kirchen und Wohlfahrtsverbände wurden so gut wie nicht aufgenommen“, meint die Diakonie. Der Vorschlag, den Ehegattennachzug weiter einzuschränken, sei schon verfassungsrechtlich äußerst problematisch. Nach dem Entwurf könnten Harz IV-Empfänger zukünftig mit ihrem ausländischen Ehepartnern nur noch im Ausland zusammenleben. Geduldete sollen noch leichter ohne jede Vorwarnung abgeschoben werden können. Das Problem, dass anerkannten Flüchtlingen auch noch nach vielen Jahren ihr Aufenthaltsrecht entzogen werden kann, wenn sich die Situation im Herkunftsland verbessert, bleibe bestehen.

Diakonisches Werk Baden

Vorholzstraße 3, 76137 Karlsruhe

www.diakonie-baden.de

Angelika Schmidt
Pressesprecherin
Tel: 0721-9349248
0172-7319935

Hinweis für die Redaktionen: Gleichlautende Pressemeldung wird heute auch von der Pressestelle des Diakonischen Werks Württemberg herausgegeben.

Diakonisches Werk Baden

Vorholzstraße 3, 76137 Karlsruhe

www.diakonie-baden.de

Angelika Schmidt
Pressesprecherin
Tel: 0721-9349248
0172-7319935